



Stellungnahme zum Sozialpartnerdialog der Bundesregierung am 10. Juni 2026

Mit wachsender Sorge betrachten wir den für den 10. Juni im Bundeskanzleramt geplanten Sozialpartnerdialog der Bundesregierung. Gerade in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation, anhaltender Investitionsschwäche und zunehmender Verunsicherung vieler kleiner und mittlerer Unternehmen braucht Deutschland einen offenen und realitätsnahen Wirtschaftsdialog – keinen Dialog, der weite Teile der mittelständisch geprägten Wirtschaft strukturell ausblendet.

Die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und tarifgebundenen Arbeitgeberverbänden bleibt ein wichtiger Bestandteil unseres Wirtschafts- und Arbeitsmarktmodells. Sie bildet jedoch schon lange nicht mehr die gesamte wirtschaftliche Realität Deutschlands ab. Der industrielle Kern allein ist nicht mehr repräsentativ für die Breite der deutschen Unternehmenslandschaft.

99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen. Gleichzeitig arbeitet nur noch ein Teil der Beschäftigten in tarifgebundenen Strukturen. Gerade innovationsgetriebene Wachstumsunternehmen, zahlreiche familiengeführte Betriebe, viele Dienstleister, Digitalunternehmen, Selbstständige sowie weite Teile des modernen Mittelstands finden sich in den klassischen sozialpartnerschaftlichen Dialogformaten bislang kaum wieder.

In Deutschland arbeiten drei Viertel der Erwerbstätigen im Mittelstand, mittelständische Interessen stellen daher auch die Interessen des Großteils unserer Gesellschaft dar.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung erneut ein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Spitzengespräch organisiert, ohne Vertreter des Mittelstands und der mittelständischen Wirtschaft angemessen einzubinden. Wer über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland spricht, darf die größte und beschäftigungsstärkste Unternehmensgruppe des Landes nicht an den Rand stellen.

Besonders irritierend ist dies vor dem Hintergrund, dass zahlreiche zentrale Anliegen mittelständischer Unternehmen trotz entsprechender Ankündigungen bislang nicht konsequent angegangen beziehungsweise abgeschlossen wurden. Dazu zählen unter anderem:

- eine Einkommenssteuerreform zur Entlastung der gesamten Gesellschaft,
- ein spürbarer Bürokratieabbau insbesondere bei Dokumentations- und Berichtspflichten,
- eine wettbewerbsfähige Senkung der Energie- und Stromkosten,
- mehr Flexibilität im Arbeitszeitrecht,
- die Modernisierung des Statusfeststellungsverfahrens,
- eine echte Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- strukturelle Reformen bei Sozialabgaben und Sozialversicherungssystemen sowie
- eine mittelstandsfreundliche Digital- und Verwaltungspolitik.

Diese Punkte spiegeln die konkreten Herausforderungen hunderttausender mittelständischer Unternehmen wider.

Die wirtschaftliche Realität vieler Betriebe ist inzwischen geprägt von hohen Arbeitskosten, steigenden Sozialabgaben, überbordender Regulierung, Fachkräftemangel und einer Investitionszurückhaltung, die den Standort Deutschland zunehmend belastet. Umso wichtiger wäre ein breiter angelegter Mittelstands- und Wirtschaftsdialog, der die Vielfalt der modernen Wirtschaftsstruktur Deutschlands tatsächlich abbildet.

Deutschland braucht mehr wirtschaftspolitischen Realitätssinn – und weniger Dialoge im geschlossenen Kreis.

Mitzeichnende Verbände:

- Der Mittelstand. BVMW e.V.
- Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V.
- Bundesverband IT-Mittelstand e.V.
- EATO e.V.
- Bundesverband Feuerverzinken e.V.
- Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e.V.
- patentverein.de e.V.
- Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V.
- Verband Deutscher Auskunfts- und Verzeichnismedien e.V.
- Bundesverband Breitbandkommunikation e.V.
- Eigenheimerverband Deutschland e.V.

Kontakt:

Sebastian Krauß
Bundesgeschäftsführer Politik Inland
Tel.: +49 30 533 206 – 304
E-Mail: sebastian.krauss@bvmw.de